



Regierungsratsbeschluss vom 20. September 2022

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Sanierungsverfahren für natürliche Personen); Vernehmlassung

P220810

1. Der Regierungsrat genehmigt den Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die Stossrichtung der Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) betreffend Sanierungsverfahren für natürliche Personen. Damit erhalten verschuldete natürliche Personen unter bestimmten Voraussetzungen wieder eine Chance auf ein schuldenfreies Leben und es werden Anreize zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gesetzt. Die Vorlage hat aber finanzielle und personelle Folgen für den Kanton. In seiner Vernehmlassungsantwort regt der Kanton Basel-Stadt einige Ergänzungen und Änderungen an.

